



25.03.2010

Rede zum Haushalt 2010 des Vorsitzenden der FDP-Fraktion

Dr. Reimer Fischer

- es gilt das gesprochene Wort -

<<Anrede>>,

mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement soll Bergisch Gladbach wie ein Unternehmen geführt und bewertet werden. 2010 finanzieren wir jetzt nahezu 40 Millionen € der laufenden Ausgaben mit neuen Krediten, was 20% des Haushaltes entspricht. Nahezu 15% des Eigenkapitals wird dadurch verzehrt. Die geplanten Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen von 0,7 Millionen € haben kaum eine Wirkung. Die Wirtschaftskrise hat zugeschlagen. Wo führt uns das hin? Was können wir tun? Ich versuche Antworten zu geben.

Zunächst zum Nothaushalt 2010. Einzelheiten haben bereits meine Vorredner beschrieben. Wir werden ihm zustimmen. Allerdings fordern wir, wie schon früher, die Zuschüsse für die Geschäftsführung der Fraktionen um 10% zu kürzen, analog zu den Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen. Wer von anderen Einsparungen fordert, darf sich nicht ausschließen. Es geht um Glaubwürdigkeit.

Aufgrund der im Nothaushalt vorgegebenen Kürzung der Investitionen müssen viele Pläne aufgegeben werden, solche wie die Radstation, die die FDP immer unsinnig hielt, und solche wie eine neue Südumgehung des Zentrums, die verschmerzbar ist. Übrig bleiben die wichtigen Sanierungsprojekte in der Stadt und eine reduzierte Regionale 2010. Eigenanteilen von 10% hierfür wird die FDP trotz der Finanznot zustimmen. Diese Verbesserung der Infrastruktur hat einen hohen Nutzen im Vergleich zu den Eigenkosten.

Die Kürzung der Investitionen trifft besonders die dringende Sanierung von Schulen. Wir haben uns über den desolaten Zustand persönlich informiert. Einvernehmlich mit anderen Fraktionen schlagen wir vor, das Schwimmbad Mohnweg der Wilhelm-Wagner-Schule nicht zu schließen und die eingesparten Mittel der Schulsanierung zukommen zu lassen. Alternativen Konzepten zur Sanierung der Schulen werden wir zustimmen, wenn damit Maßnahmen vorgezogen werden können. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass Bäder geschlossen werden, weil das Fondsvermögen der Bädergesellschaft nicht mehr zum Ausgleich der Betriebsdefizite zur Verfügung steht. Die Bäder, wichtige Teile der städtischen Infrastruktur für den Sport und für junge Familien, wären dann unwiederbringlich verloren.

Wie aber kann es weiter gehen? Unternehmen dürfen nicht fortlaufend Verluste machen, weil sie sonst nicht mehr kreditwürdig sind und insolvent werden. Das gilt auch für öffentliche Haushalte. Sie müssen mittelfristig Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen. Ich halte es für fahrlässig darauf zu vertrauen, dass ein öffentlicher Haushalt nicht zahlungsunfähig werden kann. Mexiko, Island und Griechenland lassen grüßen.

Das hohe Defizit von 40 Millionen € in 2010 enthält nach Einschätzung der FDP ein **strukturelles Defizit** von 12 bis 15 Millionen €, das auch bei durchschnittlichen Steuereinnahmen anfällt. Dieses Finanzloch muss unter allen Umständen geschlossen werden, eine Herkulesaufgabe für den Bürgermeister und den Rat. Für einen **Haushaltsausgleich** dürfen wir mittelfristig bessere Konjunkturbedingungen mit höheren Steuereinnahmen in Rechnung stellen. Auf höhere Einnahmen nach einer kommunalen Finanzreform sollten wir jedoch nicht zu sehr hoffen. Und einen Schuldenabbau müssen wir als Realisten vorläufig zurück stellen.

Die Finanzausstattung der Kommunen hängt wesentlich von Zuweisungen des Landes und des Bundes ab, und nur zu einem kleineren Teil von eigenen Steuern und Abgaben. Ausnahmen bilden Kommunen mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen. Dazu gehört Bergisch Gladbach leider nicht. Die Gewerbesteuerereinnahmen der Stadt liegen im unteren Mittelbereich vergleichbarer Städte. Trotzdem leisten sie einen wichtigen Beitrag für unseren Haushalt. Ich komme darauf zurück.

Entscheidend für einen mittelfristig strukturell ausgeglichenen Haushalt sind die Ausgaben. Sparen muss zur Tugend des Wirtschaftens der Verwaltung werden. **Und damit müssen wir heute, jetzt, energisch anfangen.**

Der wichtigste Hebel zur Minderung der Ausgaben ist eine effizient und rationell arbeitende Verwaltung. Das bedeutet: Alle Aufgaben müssen darauf hin überprüft werden,

- ob sie überhaupt erforderlich sind,
- ob sie nicht mit geringerem Aufwand oder
- ob sie außerhalb der Verwaltung preiswerter erledigt werden können.

Wir wollen Bürokratieabbau im Rahmen des Möglichen. Der Personalaufwand muss auf einen Mindestbedarf beschränkt werden. Gleichzeitig müssen die Mitarbeiter aber auch motiviert und gefördert werden, um die Haushaltsziele zu erreichen. Gute Personalpolitik hat eine Schlüsselfunktion für eine erfolgreiche Verwaltung.

Darüber hinaus werden wir nicht vermeiden können, kommunale Leistungen zu kürzen und eine stärkere Bürgerbeteiligung, beispielsweise zur Betreuung von Sport- und Kultureinrichtungen, einzufordern. Dort, wo es unabweisbar Einschnitte für die Bürger gibt, müssen ihnen die erforderlichen Notwendigkeiten sachgerecht vermittelt werden.

Selbstverständlich müssen wir auch über zusätzliche Einnahmen nachdenken. Das betrifft die Gebühren, aber auch die Grundsteuer. Sie wissen: die FDP hat das Markenzeichen niedriger Steuern. Aber ebenso wahr ist, dass wir eine Verantwortung für das Gemeinwohl haben. Und städtische Leistungen gibt es nicht umsonst. Eine Anpassung der Grundsteuer darf deshalb kein liberales Sakrileg sein, wenn alle anderen Möglichkeiten, den Haushaltsausgleich zu erreichen, ausgeschöpft wurden.

Die Realisierung der Ziele, Ausgaben zu mindern und Einnahmen zu steigern, erfordert einen mittelfristigen Plan. Ich nenne ihn

„Masterplan schwarze Null“.

Er hat als Zielmarke den Haushaltsausgleich bei mittlerer Konjunktur innerhalb von 4 bis 5 Jahren. Geplante Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen und die Vorschläge des Kämmers zum Haushaltssicherungskonzept schließen die strukturelle Lücke von 12 bis 15 Millionen € allerdings nicht.

Voraussetzung für den Masterplan ist eine kritische Analyse aller Aufgaben der Stadt, um Einsparpotenziale zu definieren, die als Zielvorgaben Schritt für Schritt realisiert werden. Die FDP hat das Vorgehen erfolgreicher Städte studiert. Langenfeld ist nicht zufällig schuldenfrei.

Entscheidend ist, dass der Bürgermeister und die Verwaltung zusammen mit den Fraktionen die Ziele im Schulterschluss verfolgen. Erfahrungen erfolgreicher Städte belegen diese Strategie. Wir begrüßen den Antrag der Freien Bürger, einen „Arbeitskreis Haushalt“ einzurichten, in dem Vorschläge ideologiefrei vorgetragen und geprüft werden, bevor sie in die Ausschüsse und in den Rat gehen. Politischer Streit gefährdet das Ziel.

Nachfolgend einige Vorschläge als Beispiele:

1. Wir empfehlen, jährlich 2,5% der Verwaltungskosten einzusparen. Der Bürgermeister ist bereit ~~sich zu verpflichten~~^{*)}, den Personalaufwand des Kernhaushaltes 4 Jahre einzufrieren. Das entspricht einer realen Kostenminderung von etwa 3 Millionen € in 4 Jahren oder 20% - 25% der Zielmarke von 12 bis 15 Millionen €.
2. Wir fordern, das Museumswesen, die VHS, die Musikschule und die Büchereien mit dem Ziel von Kosteneinsparungen zu überprüfen und neu zu ordnen. Die interkommunale Zusammenarbeit soll ausgebaut werden.
3. Die städtischen Sportstätten werden sowohl von Schulen als auch von Vereinen genutzt. Die Aufwendungen dafür müssen gerecht verteilt werden. Wir unterstützen das Ziel, den Betrieb der Sportstätten verstärkt über die Vereine zu organisieren, mit Kostenzuschüssen von der Stadt für die Nutzung durch die Schulen.
4. Die Aufwendungen im Sozialbereich sind stark angestiegen. Auch hier sind Einsparmöglichkeiten zu untersuchen.
5. Die städtischen Gebührensatzungen sind kritisch auf sach- und zeitgerechte Gebührensätze zu überprüfen und anzupassen. Dabei ist eine Vollkostendeckung anzustreben.

Die Stärkung von Handel und Gewerbe für höhere Gewerbesteuereinnahmen ist ein mehrfach von uns vorgetragenes Anliegen. Es handelt sich um ein langfristiges Vorhaben. Wir haben jetzt einen gestärkten Handel im Zentrum, aber der Bensberger Handel hat große Probleme und kämpft um Kunden. Im Gewerbebereich ist der Wegzug des Lübke-Verlags ein Warnsignal. Was ist zu tun? Wir benötigen dringend weitere Gewerbeflächen mit guter Anbindung an den Verkehr, und wir erwarten dafür wegweisende Ergebnisse aus den von uns initiierten Untersuchungen für ein Gewerbeflächenkonzept. Wir benötigen weiterhin eine Wirtschaftsförderung mit wirkungsvollerem Stadtmarketing. Das sind Zukunftsaufwendungen, die längerfristig Erträge bringen.

**) der Zielvorgabe zu folgen,*

Abschließend zwei ergänzende Anmerkungen:

1. Wir unterstützen einen Neuaufbau der öffentlichen Beleuchtung, wenn der Nutzen über Energieeinsparungen überzeugend nachgewiesen wird.
2. Die Abwasser- und Regenwassergebühren sind sehr hoch. Sie sind bedingt durch hohen Sanierungsaufwand und eine Gewinnabführung des Abwasserwerkes an die Stadt in Höhe von 25% der Gebühren. Es wird kritisch zu prüfen sein, ob der hohe Sanierungsaufwand des Abwasserwerkes nicht gestreckt werden kann, um die Gebühren zu senken, und ob die Verteilung der Abgaben der Bürger über die Grundsteuer und über die Abwassergebühren richtig ist.